

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Dresden 21 88. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1929: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Seitenmesser 14) 1 mm Höhe 10 1/2 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 1/2 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Distrikten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großböhndorf, Dreinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 268

Montag, den 17. November 1930

82. Jahrgang

Setzt euch zur Wehr!

Der Osten fordert Aktivität gegen Polentum

In der „Oberschlesischen Tageszeitung“ nimmt Dr. Knaak zu den Vorgängen in Ostoberschlesien Stellung und weist mit Recht darauf hin, daß die völlige Latenzlosigkeit amtlicher Stellen in Ostoberschlesien bei den Deutschen ein Gefühl völliger Verlassenheit aufkommen lassen muß. Mit allem Nachdruck wird im Interesse der Deutsch-erhaltung des Ostens der Abbruch der Politik der Zugeständnisse gegen die Polen verlangt, und es werden folgende Forderungen erhoben:

1. Aufstellung eines Grenzschildes Ost, damit Westoberschlesien vor Uebergriffen geschützt wird und Polen merkt, daß Deutschland gewillt ist, sich und sein Land nicht aufzugeben.
2. Beschränkung der Minderheitsschulen in Westoberschlesien auf das in der Genfer Konvention vorgesehene Maß, da wir keine Veranlassung und auch kein Geld haben, dem Polentum größere Propagandamöglichkeiten zu geben als die Genfer Konvention uns auferlegt.
3. Aufhebung der preußischen Minderheitsgesetzgebung, die mit unserem Geld in ganz Ostdeutschland Keimzellen der polnischen Propaganda schafft.
4. Zensur der in Deutschland erscheinenden polnischen Presse und Verbot derjenigen Blätter, die Deutschland und Preußen ständig beschimpfen und die deutsche Bevölkerung in Aufsätzen und Gedichten verächtlich machen.
5. Streichung aller Unterstützungsgelder für polnische Vereinerungen.
6. Vereinigung der ober-schlesischen Ortsnamen durch Ausmerzung aller polnischen Bezeichnungen, da alle deutschen Gründungen bis ins 13. und 14. Jahrhundert deutsche Namen trugen, in einer kurzen slawischen Ueberfremdungszeit slawische Bezeichnungen erhielten und diese heute noch führen, obwohl Ostoberschlesien seit 600 Jahren zu Deutschland und seit 190 Jahren zu Preußen gehört.
7. Verbot polnischer Niederlassungen in einer zu bestimmenden deutschen Grenzzone nach dem Muster der polnischen Grenzonenordnung.
8. Ständige Forderung auf Revision der Ostgrenze unter Hinweis auf die allem menschlichen Empfinden hohnsprechende Behandlung deutscher Gebiete, die ein von Untertanen und daß diktiertem Friedensvertrag geraubt hat.

Wir sind überzeugt, daß diese Forderungen in Deutschland ein lebhaftes Echo finden werden.

Hilfsmaßnahmen für Schlesien.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der von dem Abg. Hergt (Nat.) bearbeitete Antrag, der sich mit der Hochwasserkatastrophe in Schlesien befaßt, von allen Parteien angenommen. In diesem Antrag wird die Reichsregierung ersucht, in einseitigem Zusammenwirken mit Preußen, dessen Verantwortlichkeit unberührt bleibe, 1. Sofortmaßnahmen zu treffen, um den Umfang der Schäden festzustellen, die beschädigten Schutzanlagen und Gebäude wieder herzustellen und Maßnahmen für die bedrohte Lebens- und Wirtschaftsführung der Beschädigten zu treffen. 2. eine umfassende Notstandsaktion einzuleiten, 3. die Wasserbauten zu beschleunigen, um künftige Katastrophen zu vermeiden und ein umfassendes Wasserbauprogramm zur Schiffbarmachung der Oder aufzustellen. 4. Steuerniedererschlagungen und Stundungen zu gewähren, 5. die geschädigten Bezirke in die Osthilfe einzubeziehen. 6. die Vorschriften der produktiven Erwerbsloshilfe für die Anwendung zu bringen. 7. bei den örtlichen Untersuchungen Vertreter der Reichsregierung und des Parlaments hinzuzuziehen. 8. Binnen Monatsfrist über diese Maßnahmen erneut zu berichten.

Danach wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, durch den die Reichsregierung ersucht wird, aus Anlaß der Grubenkatastrophe zu Alsdorf bis zu 2 Millionen Mark Unterstützungsgelder zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung soll ferner auf eine eingehende Untersuchung der Katastrophe hinwirken.

Am Donnerstag will sich der Ausschuß nunmehr erstmalig mit der Notverordnung beschäftigen.

Forderungen des Oberschlesischen Landbundes.

Oppeln. Der Gesamtvorstand und die Vertreterversammlung des Oberschlesischen Landbundes nahmen auf einer Tagung in Oppeln eine Reihe von Entschlüssen an, die sich mit der schweren Notlage der ober-schlesischen Landwirtschaft beschäftigen, die durch die letzten Hochwasserschäden noch verschlimmert worden sei. Der Landbund fordert, daß alle vom Hochwasser betroffenen Gebiete Oberschlesiens als Notstandsgebiete erklärt werden. Zur Osthilfe wird gefordert, daß von dem Wirkamerwerden der bereits im Frühjahr 1930 angeforderten Osthilfe im allgemeinen keine Rede sein könne. Es wird verlangt, daß die Durchführung der gesamten

Osthilfe ausschließlich durch das Reich

geschehe unter Sicherstellung der Mitarbeit der Landwirtschaft. Als wichtigste Aufgabe der Osthilfe wird die allgemeine Kasernenentlastung bezeichnet.

Eine andere Entschliessung verwahrt sich scharf gegen die beabsichtigte Schaffung eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes. Des weiteren wendet sich der Landbund gegen die Absicht der preußischen Regierung, das Ausländerkontingent landwirtschaftlicher Arbeiter zu beschränken, was für die Haderfrucht bauende Landwirtschaft schwerwiegende Folgen haben würde.

Brüning verhandelt mit der Sozialdemokratie

Der Reichstagskanzler hat am Sonnabend die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid, Müller, Silberding und Herz zu einer Besprechung über die Aussichten der parlamentarischen Behandlung des Reformprogramms empfangen.

Scharfer Protest gegen die Tributlasten.

Im Rahmen seines vierten Freiheitlich-Nationalen Kongresses veranstaltete der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände am Sonntag in Reichstag zu Berlin eine Jubiläumsumgebung zur Feier des zehnjährigen Bestehens. Der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsrings, Fürstenberg, erhob in seiner Eröffnungsrede „stärksten Protest gegen die Tributlasten“, die nun einmal nicht getragen werden könnten. Dieser Protest könne besonders aus den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht stark genug kommen, weil man den Versuch gemacht habe und noch mache, die Reparationslasten zum allergrößten Teil auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

Unter großem Beifall richtete er besonders an die Reichsregierung den ersten Appell, den Weg einer Schwächung der Kaufkraft des größten Volksteiles nicht mehr mitzugehen und sich mindestens mit der gleichen Wucht, mit der sie sich für Lohn- und Gehaltsabbau einsetzte, auch für den entsprechenden Preisabbau zu entscheiden. Man wundere sich nur, daß die Preisentkung nicht schon vor dem Lohnabbau längst in Angriff genommen worden sei.

Revision oder nur Moratorium?

Düsseldorf. Vor dem deutschnationalen Industriellen-Ausschuß sprach Oberfinanzrat Dr. Bang. Das Kabinett Berlin sei, so sagte Dr. Bang, u. a. eine Ueberbrückungskabinett nach links, das zur Amtsausübung nicht berechtigt sei. Der Wirtschaftsplan der Regierung sei nichts anderes als ein auf Versailles aufgebautes Erfüllungsprogramm.

Eine Sanierung ohne Inangriffnahme der Tributfrage sei unmöglich.

Halte die Wirtschaft an der These: „Erst Sanierung, dann Lösung der Tributfrage“ fest, so werde sie es mit dem endgültigen sozialen Unfrieden bezahlen müssen. Die Behauptung, die deutsche Wirtschaftskrise habe ihre Ursache in der Weltwirtschaftskrise, sei falsch. Nicht der Weltmarkt, sondern der innere Markt sei für Deutschland infolge der gesunkenen Kaufkraft durch die Youngtrife vernichtet. Ohne Revision von Versailles sei die Weltrevolution nicht aufzuhalten. Verhängnisvoll sei es, den in Deutschland erwachenden Revisionsgedanken in ein Moratoriumsverlangen umändern zu wollen. Ein Moratorium könne Deutschland nicht retten, sondern nur die Revision von Versailles.

Das Wichtigste

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach einer Landungsfahrt nach Chemnitz um 16.20 Uhr in Friedrichshafen glatt gelandet. Die gefrigen Gemeindevorstände in Mecklenburg und Baden haben einen starken Aufbruch nach rechts gebracht. Nach den christlichen Gewerkschaften hat nun auch der freigewerkschaftliche Verband der Bergbau-Industrie-Arbeiter Deutschlands auf einer Konferenz der Bezirksvertreter in Bochum den Arbeitszeit-Schiedspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt. Auf der Jubiläumsumgebung des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände in Berlin wurde scharfer Protest gegen die Tributlasten erhoben. Dem „Vorwärts“ zufolge ist bei der Besprechung der sozialdemokratischen Führer beim Reichstagskanzler über die von der Sozialdemokratie geforderte Abänderung der Notverordnungen und des Sofort-Programms verhandelt worden. Der Wahltag in Ostoberschlesien ist, nachdem der Wahlterror bis in die Sonnabendnacht angehalten hatte, verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung auch seitens der Deutschen war ziemlich hart.

Verträgliches und Sächsisches

Pulsnitz. Theateraufführung am Totensonntag. Wie jedes Jahr, so veranstaltet auch diesmal der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Pulsnitz, am Totensonntag im Saale des Schützenhauses eine Wohltätigkeitsaufführung zum Besten der Halb- und Vollwaisen der Ortsgruppe, des Roten Kreuzes und der Arbeiter-Samariter-Kolonie Pulsnitz. Das Ensemble, welches die Ortsgruppe gebildet und das zum größten Teil aus Herren und Damen der hiesigen Bürgerkreise besteht, hat sich in den letzten Jahren berart künstlerisch entwickelt, daß eine weitere Reklame überflüssig sein dürfte. Auch diesmal ist ein Stück gewählt worden, welches die künstlerischen Erfolge der letzten Jahre wiederum rechtfertigen wird; es betitelt sich: „Ein Frühlingstraum“, Schauspiel in 6 Akten von Thilo Schmidt. Selten hat sich ein Schauspiel in der kurzen Zeit seines Bestehens einen derartigen Erfolg und Ruhm erworben, wie dieses. Die Handlung des Stückes ist vom Anfang bis Ende so ergreifend und durchschlagend, daß es in jeder Beziehung dem Ernst und der Würde des Tages gerecht wird. Der Vorverkauf befindet sich für Sperrsitze und 1. Platz im Schützenhaus und für 2. Platz im Schützenhaustunnel, und wird bereits Mittwoch, den 19. November eröffnet, um jedem Gelegenheit zu geben, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten versehen zu können. Da der Reingewinn diesmal auch dem Roten Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Kolonie mitzufällt, wird sich die Ortsgruppe jedenfalls wieder eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen haben. Alles übrige im Inserat.

Pulsnitz. Volkshochschule. Heute beginnt der Geologe Dr. Säß seine Vorträge mit Stichbüchern „Wie ist die Erdoberfläche von Sachsen entstanden?“

Dienst an der Jugend. Das große Erholungswerk der Evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands für schulpflichtige Knaben hat im Jahre 1930 eine Zahl von 300 000 Verpflegungstagen erreicht, was einem Gesamtaufwand von etwa 600 000 RM entspricht; im Jahre 1929 waren 187 000 Verpflegungstage festgestellt worden. Die in aller Stille geleistete Arbeit ist unter dem Namen „Kameradschaft“ einheitlich zusammengefaßt. Während die Jungvolkarbeit unter den Schulentlassenen vor allem Zeltlager verwendet, hat die Kindererholungsarbeit ihren Sitzpunkt in den großen Jugenderholungsheimen der evangelischen Jungmännerbünde oder in den Landheimen einzelner Gruppen. Als besonders wohlthuend wird von den Eltern der Jungen empfunden, daß dieses Erholungswerk — im Gegensatz zu manchen anderen Formen der Kindererholungsfürsorge, z. B. der Kinderfreundarbeit — sich jeder politischen und parteipolitischen Beeinflussung der Jugendlichen aufs gewissenhafteste enthält.

Die Weihnachtsbäume werden geholt. In den Forsten des Thüringer Waldes beginnen die Forstverwaltungen bereits mit den Vorbereitungen für den diesjährigen Bedarf an Weihnachtsbäumen. Wie verlautet, werden in diesem Jahre aus den Forsten des Thüringer Waldes bedeutend größere Mengen Weihnachtsbäume zur Verfügung gestellt als in früheren Jahren, da sich größere Durchfor-